

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Kahr.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Materialistisches Denken

Bis in die jüngste Zeit galt es als ausgemacht, daß einzelne mit besonderer göttlicher oder weltlicher Macht ausgestattete Menschen die Geschicke der Völker nach ihrem Willen zu lenken berufen sind. Dieser Auffassung trat der historische Materialismus mit dem Grundsatz entgegen, daß der Verlauf der Menschheitsgeschichte und der Menschenschicksale nicht durch den Willen einflussreicher Personen, sondern durch die gegebenen materiellen Bedingungen bestimmt wird. Die Handlungen der Menschen und Menschengemeinschaften sind nach der materialistischen Geschichtsauffassung Ergebnisse der Beziehungen zwischen dem Menschen und der Umwelt, in der sie leben. Diese Geschichtsauffassung leugnet nicht die Rolle des Willens in der Geschichte oder im Dasein des Einzelnen; aber sie hält den Willen nicht für frei, vielmehr für abhängig von all den Einwirkungen der umgebenden unbelebten und belebten Welt. Also ist die Entwicklung richtiger Weise weder lediglich als Willens-, noch lediglich als umweltbedingt zu betrachten.

Die Annahme einer ausschließlich materiellen Bedingtheit der menschlichen Entwicklung wäre gerade so unhaltbar wie die Ausschaltung der materiellen Entwicklungsursachen. Vermöge seiner weitreichenden geistigen Fähigkeiten, die auf der mächtigen Ausbildung und der feinen Bauart des Gehirns beruhen, ist der Mensch imstande, sich in größerem oder geringerem Maße unabhängig von der Umwelt zu machen, diese sich zu unterwerfen. Dadurch vermag er seine Lebensbedingungen in gewissem Maße selbst zu gestalten, sich einerseits Vorteile zu schaffen, andererseits Schädlichkeiten zu beseitigen oder ihnen auszuweichen. Beweise einer mehr oder weniger weitgehenden Beherrschung der Umwelt durch den Menschen finden wir schon bei den Völkern mit ganz geringer Kultur, ja selbst die in Gemeinschaften lebenden Tiere vermögen eben durch ihr Zusammenwirken gewisse Schädlichkeiten der Umwelt abzuwehren oder Vorteile zu erringen. (Vergleiche B. Kropotkin, „Gegenseitige Hilfe“, 1. und 2. Kapitel, Leipzig 1908.)

Die unbedingte Beherrschung des menschlichen Willens durch die Umwelt ist ein ganz seltener Ausnahmefall. In der Regel wird es einem Menschen unter bestimmten äußeren Umständen möglich sein, in verschiedener Weise zu handeln, nicht nur in einer Weise. Wer seine Ergebnisse überdenkt, wird immer finden, daß er in jedem einzelnen Fall es nicht nur so hätte machen können, wie er es tatsächlich gemacht hat, sondern auch anders. Ueber die tatsächliche Förmung entscheidet der Wille innerhalb der ihm durch die Umstände gesteckten Grenzen.

Bestimmend für die Handlungen der Menschen, auch bestimmend für die Ausübung eines wirksamen Einflusses der Menschen auf die Umwelt, ist stets die richtige Erkenntnis dieser Umwelt, sagen wir ein „richtiges Urteil“. Wann ist die Erkenntnis richtig? Wenn sie mit den Tatsachen, den Wirklichkeiten in reiflicher Uebereinstimmung steht. Das trifft häufig nicht zu, namentlich dann nicht, wenn bei der Beobachtung eines Gegenstandes oder eines Vorganges persönliche Beweggründe über die sachlichen überwiegen. Richtige Erkenntnis ist keineswegs so leicht, wie wir es uns — mit unserm großen Schätze von überliefertem Wissen und Können — gewöhnlich vorstellen. Es hat Jahrhunderte, ja Jahrtausende langer Beobachtung bedurft, bevor Dinge, die uns selbstverständlich scheinen mögen, erkannt wurden. Wie viele Kessel sind von den Vätern zur Erde gefallen, ehe das Gesetz der Schwerkraft erkannt wurde; wie viele Dodel von Loeffeln haben sich bewegt, bevor der Gedanke an die Dampfmaschine auftauchte! Ein anderes Beispiel der Schwierigkeit des Erkennens der Wirklichkeit haben wir in den zahlreichen Völkern, die sich bis heute noch nicht auf die Kunst des Anbaues von Pflanzen, die Bodenkultur, verstehen. (Vergleiche Gahn „Von der Gode zum Pflug“, Leipzig 1914.)

Sollen Menschen zu richtiger Erkenntnis kommen, so ist die vollkommene Anpassung ihres Denkens an die Wirklichkeit, an die materielle Umwelt, erforderlich. Nur solches materialistisches Denken ist richtig, nur solches Denken kann die Grundlage richtiger — das heißt zweckmäßiger — Handlungen sein, während der Umwelt nicht angepaßtes Denken zu zweckwidrigen Handlungen führen muß. Die mangelhafte Naturerkenntnis, die gerade bei den sogenannten „Naturvölkern“ herrscht, veranlaßt sie zu gar vielen zweckwidrigen und deshalb schädlichen Handlungen. Solche Zweckwidrigkeiten infolge mangelhafter Erkenntnis kommen zum Beispiel in der Behandlung von Krankheiten sehr häufig vor, und zwar nicht nur bei den „Naturvölkern“, sondern selbst innerhalb unseres Kulturkreises bei der Landbevölkerung und anderen Volksteilen, deren Denken vornehmlich durch die Ueberlieferung bestimmt wird und den Dingen wie sie sind, wenig angepaßt ist. — Mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmendes Denken (und deshalb mangelnde Erkenntnis) kann auch der Grund dafür sein, daß in einer Gemeinschaft mit Klassengliederung eine gewisse Klasse durch Menschenalter wider ihr eigenes Klasseninteresse handelt, ohne dessen gewahr zu werden.

Sollen wir richtig denken, so müssen wir stets an der Umwelt prüfen, ob unsere Gedanken und Vorstellungen mit ihr übereinstimmen; stimmen sie nicht mit der Wirklichkeit überein, so sind sie falsch, denn die Wirklichkeit ist immer richtig. Dann müssen wir tauchen, unser Denken den Dingen, wie sie sind, anpassen. Durch dieses Anpassen des Denkens an die Wirklichkeit können wir die Kultur fördern helfen, denn nur dadurch gelingt uns die möglichst weitgehende Anpassung an die Umwelt und ihre möglichst weitgehende Durchdringung für unsere Zwecke. (Vergleiche Kropotkin „Die biologischen Grundlagen der Kulturpolitik“, 2. Auflage 1916, Seite 7 bis 12.) Je mehr innerhalb einer Gemeinschaft materialistisches Denken die Handlungen bestimmt, desto bestandsfähiger und widerstandsfähiger ist diese Gemeinschaft, da sie dank der richtigen Erkenntnis der materiellen Lebensbedingungen ihre Kulturrichtungen ohne Schwierigkeit den Veränderungen der Umwelt entsprechend zu gestalten vermag. Das ist notwendig, denn die Umwelt bleibt nirgendwo, für keine Menschengemeinschaft, auf die Dauer unverändert.

### Übergangswirtschaft in der Eisen- und Stahlindustrie

IV

#### Umwandlung der Unternehmerartelle.

Wenn auch Industriellenorgane den Schreiber dieses als „verblissenen Feind“ der Unternehmerartelle bezeichnen, so ist er es doch nicht. Vor allen Dingen beschränkt er keine „reaktionäre Gesetzgebung“ gegen die wirtschaftlichen Gebilde, in denen er zwar nicht schlechtin „Kinder der Not“, aber doch verständliche Folgen der großkapitalistischen Entwicklung erblickt. In dieser Beziehung unterstreichen wir noch die auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Frankfurt a. M. von Max Schippel gestellte Resolution und seine dazu gehörenden Ausführungen (Protokoll Seite 161 folgende). Schippel wird aber heute auch nicht mehr die Gefahr der Unternehmerartelle für die Verbraucher so mächtig anschlagen, wie er es in seinem Frankfurter Vortrage getan hat. Damals hatten sich unsere entscheidungsstarke Kohle- und Halbrohstoffsyndikate noch nicht entfaltet. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat bestand kaum ein Jahr, hatte bei weitem nicht sein gegenwärtiges Handelsmonopol. Der Siegener Eisenstein-Verkaufsverband war eben gegründet, ebenso das dortige Kartell der Roheisenhütten. Die hauptsächlichsten Roheisen-, Halbzeug-, Träger-, Röhren-, Walzdraht-Verkaufsvereine entstanden fast alle erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, der Stahlwerksverband erst 1904. Ein für den Massenverbrauch nicht bedeutendes metallindustrielles Syndikat, das Weißblech-Verkaufs-kontor (WV), besteht zwar dauernd, als ältestes deutsches Zentralyndikat mit Monopolcharakter, seit 1862. Es übte aber seine Tätigkeit auf einem engen Sondergebiet stets ziemlich unüberwacht von der Öffentlichkeit aus. Eines unserer bedeutungsvollen Zentralartelle, das Kalisyndikat, besaß bereits 1876 in der Konvention der Chloralkalifabriken einen unmittelbaren Vorläufer, seine Preispolitik betraf aber keinen Gegenstand des Massenverbrauchs, wie Kohlen und Eisen, wurde darum nur von einem bestimmten Abnehmerkreis (vornehmlich Landwirte) beobachtet. Heute hat sich der Einfluß der großindustriellen Syndikate auf die Kosten unserer Lebensbedürfnisse so gestaltet, daß er, namentlich für den Nichtkenner dieser Gebiete, bei der Preisbildung unentbehrlicher Massenverbrauchsgegenstände geradezu unheimlich geworden ist.

Mit gutem Recht erblicken die Sozialisten in der Bildung und Entwicklung der Unternehmerartelle außerordentlich wichtige Vorstufen für die Sozialisierung der Gütererzeugung und -verteilung. Jene Vereinigungen wollen, freilich zunächst und bemußt zum Unternehmervorteil, den anarchischen Wirtschaftszustand überwinden durch die Organisation der erzeugenden Kräfte. Wer wollte leugnen, daß dabei auch für den Arbeiter Vorteile abfallen, wenn es den Kartellen gelänge, das einem bestimmten Zeitabschnitt der privatkapitalistischen Warenerzeugung eigenräumliche Jahre Auf- und Ab des Beschäftigungsgrades, die nicht zuletzt für die Arbeiter verheerenden großen Wirtschaftskrisen zu beseitigen? Wer wollte leugnen, daß es den Unternehmerartellen nicht gelungen wäre, die wirtschaftlichen Wellenlinien, das gewaltige Schwanken zwischen Hochgeschäftsphase und Niedergang abzuflachen? Dies leugnen hieße den Vorteil der Organisation überhaupt bestritten! Darum können wir keine „prinzipiellen Gegner“ der Unternehmerartelle sein.

Nur fragt es sich, ob nicht die neuzeitlichen Erfahrungen uns wirtschaftspolitische Folgen der Unternehmerartelle kennen lehren, von denen wir sagen müssen, daß sie gemeinschaftlich sind. Schönland hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt von den Unternehmerartellen gesagt, „daß es sich hier um eine Regelung der Produktion auf sozialistischer Basis handle, daß die Herren nur kollektivistisch produzieren, den Profit aber in ihren Privatsäckel stecken wollen...“ Das trifft den Kern der Sache.

Weil die Unternehmerartelle das Mittel neuester Industrie- und Handelsorganisation anzuwenden unter dem leitenden Gesichtspunkt der Erzielung des höchstmöglichen persönlichen Nutzens, deshalb bemerken wir, daß auch die am straffesten syndikatisierten Industrien nach gewisser Zeit wieder an einem wachsenden Erzeugungüberschuß Franken, daher die Kartelle die Erzeugung häufig künstlich stark einschränken müssen und in einem für das Inland oft sehr schädlichen Maße die zu viel erzeugten Waren zu niedrigen Preisen auf die Auslandsmärkte werfen! Der offensichtlich sehr sachkundige Mannser schreibt geradezu, durch den Stahlwerksverband seien die Einzelwerke zu großen Betriebsvermehrungen und überflüssigen Kapitalinvestitionen förmlich angezogen worden. (Der Stahlwerksverband. Wie hat er bisher gearbeitet und welche Lehren sind daraus für die Neugründung zu ziehen? Leipzig 1911.) Was dieser Schriftsteller von der damaligen Erneuerung des Verbandsvertrages harlegte, ist durch die neueste Geschichte des Stahlwerksverbandes bestätigt worden. Die kapitalträchtigen Syndikatswerke haben mittlerweile, in der Sucht nach höheren Beteiligungszahlen, ihre Betriebe derart ungewöhnlich erweitert, daß sehr bedeutende Wirkfelder sich während des Krieges nur zu einer „bürgerlichen“ vorläufigen Vertragsverlängerung verstanden haben, mit der Aufgabe, bei dem zugestimmten Abschleife das angelegte Kapital nicht ausreichend zurück zu können. Dabei sind bekanntlich bereits nur noch die A-Produkte syndikatisiert, die B-Produkte, deren Erzeugung sich die großen „gemeinartigen“ Werkvereinigungen wegen ihres Ueberflusses an einer Rohstoffherzeugung in immer unpassenderem Maße (zum stärksten Nachteil der „reinen“, meist mittleren oder kleinen Walzwerke) zugewandt haben, stehen schon außerhalb des Verbandsrahmens. Besonders die Erzeugung von Halbzeug nahm vor dem Krieges beachtlich zu, daß der Stahlwerksverband 1913/14 von dieser Warenart 45,87 v. S. des Gesamtverbandes in das Ausland abführte,

gegen 27,39 v. S. im Geschäftsjahr 1905/06! Also: trotz einer Erzeugung, die im letzten Friedensjahr nur noch zu 54,13 v. S. im Inlande Absatz fand, drängen doch die weit über den Bedarf ausgebauten Syndikatswerke zu einer noch bedeutend höheren Erzeugung. Der Stahlwerksverband hat den privatkapitalistischen Ausdehnungsdrang nicht meistern können! Wäre der Krieg nicht dazwischen gekommen, so würde das Syndikat der Stahlwerke wahrscheinlich aus dem Lein gegangen sein. Mannser sieht in der Verbindung der Werke zu einem förmlichen Trust das geeignete Mittel, das nach seiner Ansicht infolge des Syndikatsverfahrens wachsende Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Absatzmöglichkeit auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. M. Fuçi erblickt die Montanindustrie beharrlich auf dem Wege zur Trustbildung über die jetzige Kartellorganisation hinaus, empfiehlt auch den Trust als die „Organisationsform“, die an wirtschaftstechnischer Leistungsfähigkeit von keinem anderen, dem Boden kapitalistischer Wirtschaftsweise entsprossenen Gebilde auch nur annähernd erreicht wird. (Die deutsche Montanindustrie auf dem Wege zum Trust. Jena 1905.) Und es ist bekannt, daß sehr hervorragende Montanindustrielle denselben Standpunkt einnehmen, ihre Unternehmungen bereits auf die „kommenden Dinge“ einrichten.

Was wir am Stahlwerksverband beobachten, das trifft auch auf das Roheisenyndikat, die Syndikate in der Kohlenindustrie, ganz besonders zeigt es uns die Geschichte des Kalisyndikats. Nach kürzeren oder längeren Zeiträumen gewöhnlicher Entwicklung beginnen, angereizt durch die hohen Kartellgewinne, neue große und immer größere Kapitalinvestitionen, die Einzelwerke bereiten sich mit Macht auf das Geltendmachen höherer oder neuer Beteiligungszahlen vor, ohne Rücksicht auf eine bereits vorhandene Uebererzeugung. Ueberhand „Konstruktionsfehler“ im Syndikatsvertrag werden ausgenutzt und das Ende vom Liede ist die Anmeldung von Beteiligungsansprüchen, die nach Lage der Absatzmöglichkeiten nicht aufgenommen werden können. Nun beginnen innerhalb der Kartelle, tatsächlich gefördert durch diese, Betriebsveränderungen (Fusionen), es bilden sich trustartige Vereinigungen der Syndikatswerke, oft weit über den Syndikatsrahmen hinausgreifende Gemeinschaften, die schließlich für sich allein stark genug sind, außerhalb des Syndikats eine mächtige Stellung einzunehmen. Die Teilnahme am Syndikat schwindet dort immer mehr, es wird nur noch als „Uebergang zu einer höheren Organisationsform“ (dem förmlichen Trust) betrachtet.

In dieser Entwicklungstufe greifen die „amtlichen Stellen“ mit Gesetzen (Kaligesetz), Bundesratsverordnungen (Zwangsyndikate) und weniger auffallenden Druckmitteln zur Aufrechterhaltung oder Neubildung von Industrie- und Händlerkartellen ein. Das erleben wir augenblicklich.

Wir sind auch keineswegs „prinzipielle Gegner“ staatlicher Bemühungen für die Bildung von Unternehmerartellen. Wir betrachten sie ja als verständliche und unter gewissen Voraussetzungen auch als volkswirtschaftlich nützliche Kräfte für die gewerbliche Ordnung. Der Zustand der Arbeiterverhältnisse im Zeichen wirtschaftlicher Anarchie ist uns ja gut genug bekannt; gemorden, als daß wir ihn etwa für verbildlich halten würden. Nichts liegt uns fern.

Was wir fordern müssen als Vorbedingung für unser Einverständnis mit staatlichen Zwangsmitteln für unmittelbare oder mittelbare Bildung von Unternehmerartellen, das ist zunächst die Unterstellung dieser Syndikate unter Verwaltung, die den gesetzgebenden Körperschaften verantwortlich sind! Der Staat darf seine Machtmittel nicht verwenden zur Einrichtung von Erzeuger- und Händlerkartellen, gar noch mit ausgeprägtem monopolistischem Charakter, die nichts weiter sind als Einrichtungen für die Erzielung des höchstmöglichen einzelwirtschaftlichen Gewinnes. Das sind die besprochenen Syndikate der Unternehmern ganz zweifellos und sie besitzen noch dazu in unserer Montanindustrie, wo sie monopolistisch so unentbehrliche Gegenstände des Massenverbrauchs wie Kohlen, Eisen, Stahl, Salze beherrschen, eine ungeheure, die Lebensnotwendigkeiten des Volkes außerordentlich bedrohende Macht! Daß der „Fiskus“ in beschriebenen Unternehmerartellen als Zeilhaber ist, ändert an dem Gesagten gar nichts. Unsere Erfahrungen lehren uns, daß der Fiskus nicht das Syndikat „hat“, sondern das Syndikat den Fiskus.

Ferner müssen die Verkaufspreise für die syndikatisierten Waren von den gesetzgebenden Körperschaften festgesetzt werden, damit die Verbraucher den nötigen Schutz genießen. Das ganze Geschäftsgebaren der monopolisierten Werks- und Händlerartelle muß der öffentlichen Aufsicht unterstellt werden. Dies ist heute um so nötiger, mit Rücksicht auf die besonders verzwickte Uebergangswirtschaft nach dem Kriege. Die Uebergangszeit kann und darf unseres Erachtens nicht anders auslaufen als in eine gesetzgeberische Regelung nach entschieden gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen, zunächst unserer großen Rohstoffindustrie, sodann der mit ihr am engsten zusammenhängenden ersten Weiterverarbeitung. Die außerordentlich vielverzweigte, in vielen tausenden von Betrieben zerstreute Fertigungsindustrie bis zum „Krauter“ herab, dürfte ruhig außerhalb des Rahmens der industriellen Monopolgesetzgebung bleiben, abgesehen von der Höchstpreisfestsetzung, die auch hier angeht, der sonst zu erwartenden Ausschreitungen des „freien Handels“ nicht entbehrt werden kann. Die Gefahr der Volkswirtschaft durch die Geldherrschaft muß und kann gebannt werden durch die sozialgesetzliche Ordnung der bereits jetzt syndikatisierten Rohstoffindustrie. Das von den „amtlichen Stellen“ bestellte Verfahren der Zwangsyndikalisierung oder sonstiger öffentlicher Unterjüngung der Syndikatsbildung ohne die unbedingt notwendigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Verbraucher führt uns unabweisbar in den Staatskapitalismus als allergefährlichster Sorte hinein. Die empfohlene gesetzliche Regelung der



Monopolstellung ist natürlich noch nicht gleichbedeutend mit der demokratischen Sozialisierung der Erzeugungsmittel, aber sie stellt den nach unserer Ueberzeugung ganz unumgänglichen Uebergang zu dieser höheren Wirtschaftsform dar. Für die Trübsal der Wirtschaft ist zwar der privatwirtschaftliche Trübsal die „höchste Wirtschaftsform“, aber auch Zuki, Handelskrediteur an der Königlich-Preussischen Zeitung, nennt diese umfassende Werkverschmelzung nur die „vorläufige“ bessere Organisation, die wieder „zunächst noch nicht deutlich erkennbaren gesellschaftlichen Wirtschaftsformen die Wege ebnet“. Das wird die demokratisch-sozialistische Wirtschaftsform sein.

Es versteht sich zwar von selbst, soll aber dennoch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß auch in den mit staatlichen Mitteln neugebildeten oder neugegründeten Unternehmerkreisen der Uebergangszeit der Arbeiter einfluß nicht ausgeschlossen werden darf. Es ist eben das geradezu Aufreizende der amtlichen Tätigkeit bei der Spindelförderung, daß dabei eine Vertretung der Arbeiter ganz außer Acht gelassen wird. Ob man amtlich immer noch an der Eingabung festhält, die Unternehmerkreise beeinflussen die Arbeiterverhältnisse nicht, oder ob man nach kurzfristiger Bürokratenart die Organisation der Arbeiter in dem betreffenden Gewerbe als völlig unbedeutliche Größe ansieht, sei dahingestellt. Für die Arbeiterorganisationen muß als unbedingte Voraussetzung ihres Einverständnisses mit der staatlichen Förderung und Einrichtung von Unternehmerkreisen gelten, daß die organisierten Arbeiter auf das Geschäftsgebaren dieser Organisationen mitbestimmenden Einfluß bekommen! Die Arbeiter gehören doch sozusagen auch mit zur „Industrie“, sind vollwirtschaftlich sicher nicht minder wichtig als die Unternehmer. In den Beschlüssen der Unternehmerkassen aber, mögen sie nun rein privatkapitalistische, oder gemischtwirtschaftliche oder rein staatliche Monopolgesellschaften darstellen, wird über die wichtigsten beruflichen und sozialen Angelegenheiten auch der Arbeiter mitentschieden. Die Zeiten sind vorbei, wo die Arbeiterkassen als geübte Ertragende alles demütigvoll hinnimmt, was sogenannte „höhere Einsicht“ über sie beschließt. Und außerdem kann es für die Fortentwicklung einer gemeinnützigen Entwicklung des Gewerbes nur schädlich sein, wenn auch Vertreter der organisierten Arbeiter in verantwortlicher Weise an der Regelung der gewerblichen Verhältnisse mitwirken. Das halten wir gerade mit Rücksicht auf die schwierigen Wettbewerbsverhältnisse, in die unsere Industrie nach dem Kriege hineingestellt sein wird, für unbedingt notwendig.

Otto Que.

### Die durchgehende Arbeitszeit

In der letzten Zeit ist wieder mehr über dieses Thema geschrieben und gesprochen worden, und zwar mit vollem Recht. Denn unter den zu erstrebenden Reformen der Arbeitsart gehört diese zu den wichtigsten. Die wichtigste ist und bleibt ja die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden überhaupt. Aber keinesfalls liegen doch die Dinge so, daß wir mit der Durchführung anderer Reformen solange warten müßten, bis diese grundlegende durchgeführt ist. Ich will auch zu den Gründen, die von verschiedenen Seiten und an verschiedenen Stellen aufgeführt sind, keine neuen, die auch kaum beizubringen sind, hinzufügen. Aber der Artikel von R. in Nummer 30 unseres Verbandsorgans nötigt zu einer Erwiderung. Er ist ein Schulbeispiel dafür, wie man Fragen von allgemeiner Bedeutung nicht von dem Standpunkt eines beschränkten, nämlich kleinen Gebietes beurteilen darf. „Ganz würde die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeuten“, sagt R. im letzten Satz seines Artikels. Nun gibt es aber schon eine Urmann-Kollegen in Berlin, Hamburg und anderen Orten, die sich dieser Neuerung erfreuen. Wenn der Kollege nur einmal eine Zeilung den Gang dieser Arbeitsweise gehabt hätte, würde er zu den glühenden Anhängern gehören. Wenn nur der eine Vorteil dabei wäre, daß der Arbeiter keine freie Zeit in einem fort ununterbrochen hätte, wäre das schon Grund genug, ihn zu erziehen. Denn der Vorteil ist gegen das jetzt meistens geübte Verfahren der getrennten Ruhezeit so groß, daß die größere Beschäftigung der Arbeiter sich schon lohnte. Die jetzigen heillosen Frühstücks- und Besper- sowie die ein- oder einhalbstündigen Mittagspausen sind keine richtigen Pausen. Um das höchste Maß zu essen, braucht man die Zeit nicht und zum Schöpfen in der Mittagspause reicht es auch nicht recht.

Und was wird die übrige Zeit verdrängen? Ganz dem geübten sozialen Charakter der Arbeit entsprechend. Man braucht sich nur die Wärme, soweit solche dazu bestimmt vorhanden sind, zu vergegenwärtigen, um zu einer Ablehnung dieser Art des Zeitverhältnisses zu kommen. In den meisten Fällen sind sie zu klein, um allen Beschäftigten Platz zu geben. Dann sind sie dunkel, schlecht ausgeleuchtet, ohne Farbe und Schmutz. Ein Anzeichen dafür ist natürlich kein Vergnügen. Dazu kommt der ungenügende Verluftsaugzug, der einmal aufsteigende Schmutz und die Anwesenheit der Körper, der Schweiß usw., der den Aufenthalt in solcher „Wohlfahrtsrichtung“ gar nicht macht. Dazu fehlt jede Art von Bequemlichkeit. Noch gemauerte Bänke und Tische, möglichst groß, das sind die Möbel. Das ist ungenügend, aber nicht geeignet, die Ansprüche des Arbeiters zu heben. Arbeit hat in solchen Räume niemand, da jeder sich die Zeit auf seine Weise vertritt. Schmeckt höchstens auf die Beschäftigten des Einzelnen kann hier genommen werden. Man denkt nur einmal an die Sorgen, Lasten und in solcher Pade in die Welt gehen werden und jeder Kampf ist zum Kampf. Da geht ich doch lieber eine Stunde früher heimwärts und mache mir zu Hause bequem. Da bin ich mein eigener Herr in meiner vier Wände und kann alle die Annehmlichkeiten haben, die mir das Leben bietet. Will ich da stehen, habe ich mein Sofa oder mein Bett und kann mich auf den roten Ledern meine Klappen hinlegen und wie gewohnt aussuchen. Und nun gar dort, wo keinerlei Einrichtung vorhanden ist. Dort haben die Kollegen auf und unter der Zeit aber an jetzt irgend einem Platz und jagen die noch dem Essen übrige Zeit bei.

Und das hat mit anderen Sachen noch etwas weniger. Nicht nur ungenügendes Essen. Ungeordnetes in dem hässlichen Zeug ist man da und dort.

Anderer Kollegen gehen meistens zu Mittag nach Hause. Wenn sie nicht gerade von ca. 12 bis 1 Uhr zum Mittagessen gehen, ist das eine Gefahr und eine Last, die zu einem richtigen Kampf bei Essen kann kommen. Wenn man einander, wenn man in der Mitte des Tages keine warme Mahlzeit hat, so ist das nicht möglich. Wenn ich die Hauptmahlzeit einnehme, hängt natürlich von der Gesundheit ab. Die größte Gefahr der Gesundheit und Verfall herbeiführen kann über Mittag gar nicht nach Hause kommen und ist deshalb „hohes Stück“. Für die ist die Zeit nach dem Essen verloren. Wenn sie dafür früher heimwärts kommen können, wäre ihnen mehr damit gebiert.

Man ist sich, wenn man eine solche Sache verdrängen will, geht es in einem zweiten Akt. Dort führt er als Beispiel einen Arbeiter an, der eine Stunde zu gehen hat und bei ungeteilter Arbeitszeit um 6 Uhr nach Hause kommt. Um bei dieser Beispiel zu bleiben, kommt er jetzt um 7 Uhr zu Hause. Seine Kinder haben

bisher mittags allein gegessen oder bis um 7 Uhr gewartet, denn, da der Arbeiter eine Stunde Wegs bis zu seiner Wohnung hat, konnte er bisher auch nicht „zu Tisch“ um 12 Uhr gehen. Ober sollte man es mit einem Arbeiter zu tun haben, der 2 1/2 Stunden Mittagspause hat? Die gibt es doch wohl kaum. Und dann fäten sie mir leid. Um das Essen mittags einzunehmen eine Stunde hin, eine Stunde zurück, gleich zwei Stunden zu gehen, ist eine so ungeheure Leistung, daß von dem eingenommenen Essen überhaupt nichts bleibt. Beweis, die „gute alte“ Zeit mußte gemütlicher zu leben, sagt man wenigstens. Aber damals wohnte der Geselle im Hause oder wohnte so dicht dabei, daß er bei einer oder einundeinhalb Stunden Pause wirklich ruhen konnte. Diese Zeit ist doch längst vorüber und die geteilte Arbeitszeit ist so ein schlechtes Erbe, das wir mit übernommen haben. Die Vorbedingungen dazu sind aber längst überholt. Wenigstens trifft das für die Großstädte und den größten Teil der Industriebezirke zu. Also weg mit dem alten Erbteil, es ist zu nichts mehr.

Der weitere Grund, der vor R. gegen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit eingewendet wird, ist gleichfalls überholt. Hamburg hat die ungeteilte Ruhezeit seit langem, alle Behörden, die meisten Kantone haben ungeteilte Arbeitszeit. Für ist also die Neuerung längst eingeführt, der „Schritt ins Gesellschaftliche“ nicht mehr nötig. Ich habe noch nicht gehört, daß dort Grinde gegen diese Neuerung geltend gemacht worden sind. Als sie erst eingeführt wurde, kamen auch dort die Vertreter der „guten alten Zeit“, aber sie sind längst ruhig geworden, weil die Vorteile für die Beschäftigten zu große sind.

Nun zu dem ersten Absatz, dem sozusagen prinzipiellen. R. füllt sich genötigt, und darauf legt er das Hauptgewicht, festzustellen, daß der Unternehmer den größten Vorteil davon hat. Soweit die Ersparnisse an Heizung, Licht, Öl und sonstigen Betriebskosten in Betracht kommen, sind sie doch nicht nur ein Vorteil des Unternehmers, sondern der gesamten Gesellschaft. Was in diesen Pausen verbrannt, verschmiedet und in die Luft gepufft wird, sind Ausgaben, die den gesamten Produktionsprozeß belasten, also völlig unnötige Kosten verursachen. Wenn es eine Möglichkeit gibt, diese „falschen Unkosten“ einzuschränken, sollte man es tun und dabei selbst mit liebgewordenen Gewohnheiten brechen. Wenn neben diesem Vorteil für die Allgemeinheit noch ein Gewinn für die Arbeiter herauskommt, kann man das doppelt begrüßen. Seit wann aber prüfen wir, wer den größeren Vorteil hat? Wer will überhaupt den Nachweis führen, daß der Unternehmer den größten Vorteil hat? Durch die gesamte Gewerkschaftsarbeit ist der Arbeiter leistungsfähiger geworden. Sein Lebensalter hat sich erhöht, seine Umstände infolge des höheren Lohnes sind gewachsen, seine Bedürfnisse sind größer geworden. Aber um wieviele Male leistungsfähiger ist das Unternehmertum geworden? Um also der Beweisführung des Kollegen R. zu folgen, müßten wir die Gewerkschaftsarbeit an den Nagel hängen. Er übersieht dabei nur, daß die Leistungsfähigkeit noch ungeheuer gesteigert werden muß, um durch die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel allen Gesellschaftsangehörigen ein auskömmliches Leben zu gestatten. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den neuzeitlichen Betrieben soll schon auf dem Höchstpunkt angelangt sein — trotz Taylor. Ich mein, Kollege R., hier in Hamburg hat vor kurzem ein in ungeteilter Arbeitszeit schaffender Betrieb auf Wunsch der Arbeiter die Ueberstunden, die leider während des Krieges üblich geworden sind, abgeschafft. Die Kollegen haben der Firma freiwillig angeboten und es auch durchgeführt, in 9 Stunden das Gleiche zu leisten, wie in 11 Stunden. Sie haben also ihre Leistung um rund 22 v. G. zu steigern vermocht, um die Ueberstunden abzuschießen. Auch da waren ihnen die Vorteile groß genug, um nicht erst zu fragen: Wer hat den größeren Vorteil dabei? Mehr oder minder wird der Unternehmer stets mit größerem Vorteil als der Arbeiter bei Verbesserungen rechnen können. So darf uns diese Rücksichtnahme und das ängstliche Abwägen auch nicht leiten. Sehen wir eine Verbesserung unserer Lage durch eine Maßnahme, so führen wir sie, wenn wir können, auch durch. Es geht in unsern Wirtschaftswesen eben so zu, daß den Unternehmern „alle Dinge zum Besten dienen“, wie denen, die Gott lieben. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen wollten, gingen uns wie den Experten nach.

Alle von R. angeführten Gründe gegen die ungeteilte Arbeitszeit treffen also nicht zu. Und es wäre wohl zu wünschen, daß die Kollegen sich überall, wo die sonstigen Vorbedingungen es gestatten, der Einführung der Neuerung ihre Aufmerksamkeit widmen. Wo allerdings noch 9 1/2- und 10stündige Arbeitszeit vorherrscht, wird die Verkürzung dieser Zeit die notwendigste und wichtigste Aufgabe sein und bleiben. Wo man aber 8stündige oder noch kürzere Arbeitszeit hat, bietet die ungeteilte Zeit unseren Kollegen so viele Vorteile, daß man sie einführen sollte. A. D. Wiedermann (Hamburg).

### Unser Verband in der 158. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 158. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Zus. erfolgter Abmeldung und Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Gumbinnen, Tangermünde, Gurgowen, Heide, Döberitz-Schwarzberg, Uetersen, Wedel-Schulau, Lörach, Siedau und Regensburg.

Übersicht über die Zeit vom 5. bis zum 11. August 1917.

Woche	1917	1916	1915	1914	1913	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900
1.	33	1	9076	20	130	28	8946	5	0,05	42								
2.	29	—	10633	17	47	23	10586	8	0,07	81								
3.	31	—	9283	24	86	44	9277	6	0,06	61								
4.	51	—	43057	123	316	89	42741	49	0,11	223								
5.	78	1	37783	99	211	95	37542	23	0,06	115								
6.	37	5	33509	92	196	79	33313	21	0,06	42								
7.	34	—	53377	72	473	122	52904	8	0,01	30								
8.	27	—	18113	43	197	68	17916	7	0,04	73								
9.	49	1	37214	98	267	102	36947	151	0,11	502								
10.	37	2	26947	62	163	36	23784	48	0,20	286								
11.	1	—	66166	156	116	116	65043	106	0,15	407								
Zus.	406	10	34208	788	2204	804	342001	432	0,12	1862								

Einzelangaben der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Verabschiedeten und von dem Verbandsrat.

In der Kriegswoche wurden (außer Berlin) 5637 neue Mitglieder aufgenommen. 16 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

5038 Mitglieder = 1,64 v. H. waren krank gemeldet, an die 36278 A. Unterzählung ausbezahlt wurden.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 2. Sept. der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. September 1917 fällig ist.

### Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsausschuss des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 1. Oktober an für männliche Mitglieder der Klasse I 16 Pf., für männliche Mitglieder der Klasse II und für weibliche Mitglieder 10 Pf., für Jugendliche 5 Pf. pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Undgeschloffen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 6. Bezirk:

Der Kesselschmied Johann Ruhland, geb. am 29. Nov. 1870 zu Burglengenfeld, Buch-Nr. 1.559516, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rätestraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Berichte

### Metallarbeiter.

Athenburg. In Versammlungen der Verwaltungsausschüsse Athenburg, Meuselwitz, Schmolln und Zeitz, die mit Ausnahme der Zeitz gut besucht waren, gab der Delegierte für Athenburg, Kollege Frick, Bericht von der Generalversammlung. Einleitend bemerkte der Berichterstatter, daß die Generalversammlung auf historischem Boden der Arbeitertagungen — sozialdemokratischer Parteitag 1893, Gewerkschaftkongreß 1905 — stattgefunden hat. Den Kölner Dom, ein Beweis deutscher Kunst und Arbeit, stellte er in Vergleich mit unserem Verband, in dem so mancher Kollege jahrzehntelang sein bestes geleistet habe. Unwillkürlich hätte so mancher Delegierte zu diesem Vergleich kommen müssen, angesichts der Bestrebungen einer Gruppe von Kollegen, den stolzen Bau „Verband“ zu untergraben und schließlich zu sprengen. Dazu sei es erlauchterweise in Köln nicht gekommen. Eingehend schilderte der Berichterstatter die Auseinandersetzungen über die Politik der Gewerkschaften — besonders des Verbandes — im Kriege und die Bestrebungen der zur „unabhängigen Parteigruppe“ gehörenden Delegierten, den Verband von seinen bisher bewährten gewerkschaftlichen Bahnen abdrängen und in das parteipolitische Fahrwasser der „unabhängigen“ zu leiten. Zeitweise habe der Verbandsrat darüber, daß die „unabhängigen“ die Gelegenheit wahrgekommen hätten, ihre Politik an den Mann zu bringen, mehr eine Tagung der „unabhängigen“ als eine Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter dargestellt. Ein Beweis der Duldsamkeit des Verbands der Delegierten. Die angenommene Erklärung und den abgelehnten Aufruf, als Ergebnis der Beratungen, brachte der Berichterstatter zur Kenntnis der Versammlungen. Desgleichen alle erledigten Anträge von Wichtigkeit, einschließlich des abgelehnten Antrages der Statutenberatungskommission, alle Gehalte von Angestellten auf die Hauptkasse zu übernehmen. Für die Verbesserung der Gehalte gab Frick die für jeden Gewerkschafter leicht begreifliche Begründung. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, daß die Kollegen überall für die Einigkeit und den Ausbau des Verbandes eintreten mögen, denn Einigkeit und nicht Zersplitterung gereiche dem Verband und seinen Gliedern zum Vorteil. — Den Ausführungen des Berichterstatters waren die Versammelten in den genannten Orten mit großer Teilnahme gefolgt und fast allgemein fanden sie beifällige Aufnahme. Nur in Zeitz machte ein Kollege einige gegnerische Zwischenfälle und zwei Kollegen vertraten in der Aussprache den Standpunkt der Opposition. Die Tatsache, daß Frick die Ausführungen des Korrespondenten Dismantel, die den „unabhängigen“ im Stenogramm vorlag, eingehend vom gewerkschaftlichen Standpunkt behandelte, schien nicht angeßehn berührt zu haben. Man hätte gewünscht, mehr über die Ausführungen Schüldes zu hören, besonders auch ob und wieviel der Verbandsvorstand Kriegsanleihe gezeichnet habe. Der Berichterstatter zeichnete in kurzen Zügen die Arten der Geldanlage und stellte sich auf den Standpunkt, daß — da angelegte Verbandsgelder von den Banken doch auch zur Kriegsanleihe gezeichnet werden — es nur für den Verband eine bessere Veranlagung der Gelder darstelle, die er selbst als Kriegsanleihe gezeichnet hat. Im übrigen stellten sich auch diese Kollegen auf den Standpunkt des Berichterstatters, daß unter allen Umständen alles getan werden müsse, die Einheit des Verbandes hochzuhalten.

Köln a. Rh. In drei überfüllten Versammlungen nahmen am 21. August die hiesigen Metallarbeiter Stellung zur Bewegung, die am 6. Juli eingeleitet worden war. (Siehe Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung.) Im großen Saale der Lesegesellschaft gab Kollege Haas den Ueberblick über die Entwicklung und den heutigen Stand der Bewegung. Eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sei schon allein infolge der hohen Krankenzahlen der Kölner Betriebskrankenkassen geboten. Wer da will, daß Deutschland nach dem Kriege den Kampf um den Weltmarkt mit Erfolg wieder aufnehmen kann, muß dem Raubbau mit den Kräften der Arbeiterklasse entgegenreten. Dies um so mehr, als unsere Vermögen, die Ernährungsmittel, zu verbessern, immer nur kleine Teilerfolge gehabt haben. Aus der Not ist am 6. Juli der große Metallarbeiterstreik in Köln entstanden, der von Arbeitern der rechten Rheinseite durchgeführt wurde. In den Verhandlungen, die damals eine Arbeiterabordnung mit dem jetzigen Staatssekretär Ballraj und dem selbstbetretenden Polizeipräsidenten führte, spielten auch schon Lohnfragen und das Verlängen nach kürzerer Arbeitszeit eine Rolle. Am Nachmittag des Streiktages beauftragte eine große Versammlung in Deutz die drei Organisationsstellen mit der weiteren Führung der Bewegung. Am 16. Juli unterbreiteten die drei Metallarbeiterorganisationen dem Verband der Metallindustriellen die von uns schon veröffentlichten Forderungen, deren Kern die Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden die Woche und ein entsprechender Lohnausgleich sind. Die Arbeiter dürfen durch die verkürzte Arbeitszeit keinen Lohnausfall haben. Abschritten weiterer Forderungen erhielten die königliche Regierung und das königliche Gouvernement mit dem Ersuchen, diese beiden Behörden möchten das möglichste tun, um die Unternehmer zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen zu bewegen. Regierung und Gouvernement befragten den Eingang und stellten weitere Nachrichten in Aussicht. Dann hörten wir mehrere Reden nichts mehr. Nachdem wir auf eine Entscheidung gedrängt hatten, fand am 10. August eine Besprechung zwischen der Regierung und den Unternehmerorganisationen statt, worauf wir folgendes Schreiben von der Regierung erhielten: „Auf die Eingabe vom 16. v. M. erwidere ich den Vorständen der drei Metallindustriellen ergebenst, daß ich mich mit dem Verband der Metallindustriellen des Regierungsbezirks Köln und der Raubargebiete in Verbindung gesetzt und auf



seiner Wunsch auch dem hiesigen Arbeitgeberverband in Köln, der eine größere Zahl der Metallindustriellen zu seinen Mitgliedern zählt, Gelegenheit zur Stellungnahme zu ihrer Eingabe gegeben haben. Beide Arbeitgeberverbände haben darauf Versammlungen ihrer Mitglieder einberufen und deren Entscheidung eingeholt. Wie mir die Arbeitgeberverbände gestern mitteilen, stehen ihre Mitglieder einstimmig auf dem Standpunkt, daß, nachdem das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (N. G. Bl. S. 1333) in den §§ 11 bis 13 eigenen Organen, nämlich dem Arbeiterausschuß und dem Schlichtungsausschuß, die Verhandlungen über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen übertragen hat, und auch im Regierungsbezirk Köln dieser gesetzlich vorgeschriebene Weg von den Arbeitern mit Erfolg schon mehrfach beschritten worden sei, Platz und Anlaß für Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmerverbänden und Arbeitgeberverbänden nicht mehr gegeben sei. Gegenüber dieser auf gesetzlichen Bestimmungen gegründeten Ablehnung sehe ich mich außerstande, die dort gewünschten Verhandlungen herbeizuführen, stelle aber von Gewerkschaften ergebenst anheim, auch ihrerseits zu der Frage Stellung zu nehmen.

Am 15. August hielten wir dann eine Besprechung der Verbandsfunktionäre ab. Diese Sitzung beschloß, drei Vertreter zum Kriegsamtsamt in Berlin zu entsenden, dem vorher schon das Material eingereicht worden war. Am 19. August verhandelten wir in Berlin mit dem Kriegsamtsamt und dem Kriegsernährungsamt. Die Verhandlungen leitete Oberst Marguardt, General Groener war gerade aus dem Amte ausgeschieden, und sein Nachfolger, General Scheuch, war von der Front noch nicht eingetroffen. Unter den Vertretern des Kriegsamts befand sich auch Alexander Schlichte, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wir stellten den Herren vor, daß der Vorschlag der Kölner Unternehmerorganisationen, in einer so allgemeinen Frage vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln, undurchführbar sei. Wüßten sich doch vorher die Unternehmer in 150 bis 200 Betrieben mit den Arbeiterschüssen von rund 30 000 Arbeitern verständigen, und dann würden erst endlose Termine vor dem Schlichtungsausschuß beginnen. Da müßte der Krieg noch drei Jahre dauern, ehe wir mit den Unternehmern zu Ende wären. Wir könnten eine solche Verzögerungspolitik der Unternehmer nicht verstehen in einer Zeit, wo doch auch der ärmste Sohn des Landes draußen die Grenzen schützen müsse. Die Vertreter des Kriegsamts haben uns in der Verhandlungsforderung vollkommen recht gegeben. Sie erklärten der Reihe nach, es sei besser, wenn von Organisation zu Organisation verhandelt würde. Ebenso einmütig wurde zugegeben, daß das Hilfsdienstgesetz solchen Verhandlungen nicht entgegenstehe. Das Kriegsamtsamt ersuchte nun telegraphisch das Stellvertretende Generalkommando in Koblenz, einen Vertreter der dortigen Kriegsamtsstelle nach Köln zu entsenden. Als wir am Montag von Berlin zurückkamen, lag schon folgendes Telegramm aus Koblenz vor: „Stellvertretendes Generalkommando entsendet sofort Vertreter der Kriegsamtsstelle, der versprochen wird, gemeinsame Besprechungen herbeizuführen.“ Am gestrigen Montag (20. August) fand eine neue Vertrauensmännerversammlung der drei Metallarbeitergewerkschaften statt. Sie stand noch ganz unter dem Eindruck, daß die Unternehmerorganisationen Verhandlungen mit den Gewerkschaften ausweichen würden. Deshalb beschloß sie, den heutigen entscheidenden Versammlungen eine Entschliegung vorzulegen, die unter anderem besagt: „Kommen bis zum Samstag dieser Woche Verhandlungen nicht zustande, so werden die Arbeiterorganisationen beauftragt, unverzüglich alle weiteren Maßnahmen zu treffen.“ Eine erhebliche Minderheit verlangte sofortige schärfere Maßnahmen. Heute kurz vor der Versammlung wurde uns mitgeteilt, daß die Vorstände der Unternehmerorganisationen in einer Besprechung im Regierungsgebäude erklärt hätten, sie könnten in diesem Augenblicke die Verantwortung für einen Kampf nicht tragen. Sie wollten nicht dazu beitragen, daß den Truppen an der Front auch nur die Munitionserzeugung einer einzigen Stunde verloren gehe. Es wurde folgender Beschluß der Unternehmerverbände in Köln und des Verbandes der Metallindustrie des Regierungsbezirks Köln und der Nachbargebiete fnd heute nicht in der Lage, ihrem Auftrage entgegen die Bereitschaft zu einer Besprechung mit den Vertretern der antragstellenden Gewerkschaften zu erklären. Sie sind jedoch bereit, einer auf Donnerstagnachmittag einzuberufenden Versammlung der Arbeitgeber der Kölner Metallindustrie zu empfehlen, in eine Besprechung der Eingabe der hiesigen Gewerkschaften vom 16. Juli d. J. mit deren drei Vertretern einzuwilligen. Sie setzen hierbei voraus, daß Herr Oberregierungsrat v. Göttschen sich bereit erklärt, den Vorsitz dabei zu übernehmen.“ Auf Grund dieses Beschlusses ist unsere Latz zu ändern. Die in der Vertrauensmännerversammlung angenommene Entschliegung wird damit hinfällig. Wir dürfen erwarten, daß am Donnerstag die Unternehmerorganisationen die Beschlüsse ihrer Vorstände annehmen und verhandeln werden. Andernfalls nehmen sie eine Verantwortung auf sich, die jetzt besonders schwer zu tragen wäre. Wir müssen allerdings erwarten, daß schon am Samstag dieser Woche oder spätestens am nächsten Montag die Verhandlungen beginnen. Dann werden wir, wenn drüben der gute Wille vorhanden ist, zu einer Einigung kommen.

In der Aussprache wurden erschütternde Bilder von den zermürbenden Arbeitsmethoden und von den unzureichenden Ernährungsverhältnissen entrollt. Man solle nicht vor „Gamsjahren“ der arbeitenden Frauen reden. Wenn diese einen Tag frei nähmen, um aufs Land zu reisen, so seien dies „Gamsjahren“. Ein Redner prägte das Wort: „Die Menschenmaschinen, die am wenigsten arbeiten, werden am meisten geschmiert, und die Menschenmaschinen, die am meisten arbeiten, bekommen kein Öl.“ Es fehlte auch nicht an dem Verweise, Mißtrauen gegen die gewerkschaftlichen Führer zu fassen, die man bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Unternehmern scharf werde vorantreiben müssen. In einem kurzen Schlußwort machte Haas folgende bemerkenswerte Mitteilungen: Auf Anraten der Kölner Regierung und des Polizeipräsidenten haben wir die heutigen Versammlungen nicht nachmittags 5 Uhr, sondern abends 7 Uhr stattfinden lassen. Wir zeigten uns dem Hinweis auf das vaterländische Interesse, das volle Ausnutzung der Arbeitszeit gebiete, zugänglich. Daß manche Unternehmer sich um dieses „vaterländische Interesse“ nicht kümmern, beweist folgender Anschlag im Humboldtwerk: „Infolge des zu erwartenden Verlustes der drei großen Volksversammlungen der Metallarbeiter und -arbeiterinnen am Dienstagabend wird der Betrieb der Nachschicht in Frage gestellt. Wir sehen uns gezwungen, die Nachschicht, wo es sich um regelmäßige Beschäftigung handelt, mit Ausnahme der Feuerarbeiter, gänzlich ausfallen zu lassen. Diejenigen Arbeiter, die gewillt sind, zu arbeiten und um 7 Uhr anfangen wollen, sollen ihre Namen des Morgens um 7 Uhr beim Portier abgeben. Wir behalten uns vor, die Arbeiter eventuell mit andern Arbeitern als ihre gewöhnliche Arbeitsverrichtung zu beschäftigen. Eine Beschäftigung der Arbeiter ab 7 Uhr erziehenden Leute kann nicht stattfinden. ge. Jörn.“ Mit nochmaliger Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit wurde die große Versammlung geschlossen.

Im Saale der „Mittlergesellschaft“ sprach Schmitz von den christlichen Metallarbeitern in demselben Sinne wie Haas. In den gleichen Gedankenrichtungen bewegte sich die Rede Keckers von den kirchlichen Dunderjungen Gewerkschaften im „Frankischen Hof“. Nach Beendigung der Reden kam es zu kurzen Aussprachen, aus denen hervorging, welche Erbitterung unter den Rüstungsarbeitern herrscht. Ein Spruch aus dem Munde dieser Reden und aus dem Munde, daß ein längeres Beschäftigen nicht mehr möglich ist.

samtarbeiterschaft und auch der Mitglieder unserer Verwaltungstelle. Eine Aussprache hierzu wurde nicht beliebt. — Kollege Schöttle erstattete dann den Bericht vom Verbandstag in Köln. Einleitend betonte er, daß, wenn man die Verhandlungen der Zentralversammlung in Köln und deren Ursachen und Ergebnisse beurteilen wolle, man nicht allein vom organisatorischen und persönlichen, sondern auch vom geschichtlichen Standpunkt Kritik üben müsse, wolle man in seinem Urteil einigermaßen richtig gehen. Der Redner gab in 1/2-stündigen Ausführungen einen sehr ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, besonders über den Vorstandsbereich und die damit verbundenen Meinungskämpfe. Sehr aufmerksam folgten die Zuhörer den Schilderungen des Redners über die Bedeutung der Ausführungen der Referenten Schlichte und Dymann und der bedeutenderen Diskussionsredner. Die gestellten Anträge zur Generalversammlung und die dazu gefassten Beschlüsse gab der Redner ebenfalls in vollständiger Weise bekannt. Zum Schluß forderte der Berichterstatter die Versammelten auf, zu beachten, daß die Generalversammlung an einem wichtigen Wendepunkt der Geschichte stattgefunden habe. Habe es während des Krieges schon geheißt, daß wir neu, um- und zuleten müßten, so werde dies nach dem Kriegsende nicht anders sein. Über nicht nur das, wir werden nach Kriegsende bereits in vielen wirtschaftlichen und politischen Dingen schon neue Verhältnisse haben; viele alte Verhältnisse gelte es daneben zu ändern und neue bessere Verhältnisse zu schaffen. Diese Gedanken hätten die Delegierten den Gedanken der Einheit der Organisation hochhalten lassen und man sei mit dem gemeinsamen Vorsatz von Köln geschieden, alle Kraft für die Einheit, Größe und Stärke der Organisation jetzt und in der Zukunft einzusetzen. Dasselbe müsse auch von der Pforsheimer Mitgliedschaft angelehrt und betätigt werden. Ohne Aussprache bekundete die Versammlung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Kölner Generalversammlung. — Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Dahn, Kluge und Schöttle bestimmt.

**Fahrleger.**

**Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Juli 1917.**

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Juli 1917	Arbeitslos waren am 1. bis 31. Juli 1917	In Arbeit wurden ermittelt vom 1. bis 31. Juli 1917	Arbeitslos waren noch am 31. Juli 1917
Gas- u. Wasser-Rohrleger	—	30	27	—
Gelber	—	54	44	3
Heizungs-Monteurs	—	7	7	—
Gelber	—	44	33	1
<b>Zusammen</b>		<b>135</b>	<b>111</b>	<b>4</b>

**Werftarbeiter.**

**Hamburg.** In einer am 18. August abgehaltenen überaus zahlreich besuchten Versammlung im Gewerkschaftsausschuß für die Belegschaften aller Seeschiffswerften am Orte erstattete der Bevollmächtigte der Metallarbeiter, W. Koch, Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung. Der Redner warf einen Rückblick auf die Bewegung und teilte mit, daß die Werften den Arbeiterschüssen die Mitbestimmung über die Werften möglichst abnehmen, mit ihnen über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Da auf der ganzen Linie Forderungen eingereicht seien, habe man die Angelegenheit dem Industriellen-Verband übermittleit, um von Organisation zu Organisation zu verhandeln. In einer Vorbesprechung mit dem Syndikus Dr. Nische, an der der Bezirksleiter Schulz und er teilgenommen haben, hat man sich über die Form der Verhandlungen in bezug auf die Teilnehmerzahl verständigt. Da bei dieser Bewegung auch Stettin mit einbezogen sei, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß außer den Gauleitern der für die Werften in Frage kommenden Organisationen von den vier größten Werften je zwei Vertreter aus der Werftstadt mit hinzugezogen werden sollen. Die Verhandlungen fanden am Freitag, 10. August, im Arbeitergebäude, Neuburg, statt. Forderungen waren aus folgenden Orten gestellt: Einsparungen, Begegnung, Kostof, Flensburg, Lübeck, Bremerhaven, Hamburg, Kiel. Die Forderungen bewegten sich im Rahmen von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Regelung der Morde, Erhöhung der Zulagen für Reklamerte, Zahlung von Feuerungszulagen an Dispositions- und Leutnants, Regelung der bis jetzt gebliebenen Feuerungszulagen dahin, daß der bisherige Satz, der monatlich zur Auszahlung gelangte, wöchentlich in derselben Höhe zu zahlen sei; Abschaffung des bisherigen Wahlverfahrens für Arbeiterschusswahlen; Zuschläge in Höhe von 50 v. H. für qualifizierte Lohnarbeiter; Zahlung von Zuschlägen bei Ueber-, Nacht- und Sonntagsstunden für Schiffzimmerleute. (Letzteres trifft nur für die auf den Hamburger Werften Beschäftigten zu. D. B.) Nach einer längeren Einleitung des Syndikus Dr. Nische, aus der der Eingeweihte entnehmen konnte, daß bei den Verhandlungen für die Werftarbeiter nichts herauskommt, nahm die Frage der Arbeitszeitverkürzung einen erheblichen Teil der Verhandlungen in Anspruch; eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Werften sich grundsätzlich auf einen ablehnenden Standpunkt stellten. Ebenso ablehnend verhielten sie sich zu den übrigen Forderungen, wie Feuerungszulagen, Erhöhung der Zulagen für diejenigen, die einen doppelten Hausstand haben. Auch in bezug auf Morde war eine Regelung nicht zu erzielen. Betreffend die Lohnforderung erklärten die Vertreter der Werften, trotz der enormen Zulagen, die sie während der Dauer des Krieges den Arbeitern gemacht haben (Stürmische Jurufe: Wir wollen mehr haben!), haben die Werften auf Grund der teuren Verhältnisse abermals Entgegenkommen gezeigt, indem sie vom 1. Oktober an 2 S, vom 1. Dezember an weitere 2 S auf die Einstellungslohne sowohl wie auf die zurzeit bestehenden Löhne zulegen wollten. In einer an demselben Tage stattgefundenen Konferenz, an der die Vorstände der in Frage kommenden Organisationen, wie auch Vertreter der kirchlichen und kirchlich-Dunderjungen Organisationen teilnahmen, wurde dieses Zugeständnis glatt abgelehnt. (Stürmischer Bravo.) Die Konferenz beschloß, daß die Vorstände nunmehr sich in einer Denkschrift an das Kriegsamtsamt wenden, um weitere Verhandlungen durch das Kriegsamtsamt in die Wege zu leiten. Redner wies dann darauf hin, daß die Formulierung der Forderungen eine andere sei, als sie von den einzelnen Orten an die Werften eingereicht; unter Zugrundelegung der Hamburger und Kieler Forderungen seien die Forderungen, die die Denkschrift enthalten sollte, aufgebaut: Erhöhung der Einstellungslohne um 10 S die Stunde; allgemeine Lohnerhöhung für Morde- und Lohnaufarbeiter um 10 S die Stunde, für nur Lohnarbeiter eine solche um 20 S die Stunde; Regelung der Morde, daß ein Mindestlohn von 1,20 M bis 1,50 M die Stunde erzielt wird; für qualifizierte Lohnarbeiter soll ein Aufschlag von 50 v. H. erfolgen; die bestehenden Bestimmungen für die Arbeiterschusswahlen sollen abgeändert werden. Die Forderung der Feuerungszulagen und Erhöhung der Zulagen für Reklamerte und Abkommandierte, soweit sie einen doppelten Hausstand zu führen haben, wurden in diese Forderungen nicht mit aufgenommen. Zum Schluß ging Redner noch auf allgemeine Dinge ein und wies darauf hin, daß gestern hoher Besuch auf den Werften war. Erstmalig habe man Anerkennung für die Arbeiterschaft gezeigt, die sich darin äußerte, daß der Kaiser, soweit aus den Zeitungsberichten zu entnehmen ist, einem großen Kreise von Arbeitern eigenhändig das Verdienstkreuz ausshändigte. Ziel wäre es uns aber freuen, wenn man den Arbeitern auch Anerkennung ihrer Verdienste zollen würde, die sich darin äußerte, daß man den Arbeitern ihre nur zu berechtigten Wünsche recht erfüllen würde. Die Anerkennung, die der Kaiser den Arbeitern zollt, ist der beste Beweis, daß hier zum Ausdruck kam: ohne die Hilfe der Arbeiterschaft wäre es nicht möglich gewesen, die gewaltigen Leistungen zu vollbringen. Leider müssen wir aber aus der Stellungnahme der Werksbesitzer erfahren, daß man für die Wünsche der Arbeiter wenig übrig hatte. Hoffen wir, daß man an maßgebender Stelle mehr Sympathie für die Arbeiter zeigt und den Werften klar macht, daß derartige Zugeständnisse den heutigen Verhältnissen

entsprechend geradezu empörend bei den Arbeitern wirken müssen. Wer will, daß auch weiterhin sich alles in ruhigen Bahnen vollzieht, muß den Wünschen der Arbeiter Entgegenkommen zeigen. In Anbetracht unserer gegenwärtigen Lage ist dies ein Gebot der Stunde. Will man dies nicht, dann trage man auch für all das, was sich daraus entwickelt, die Verantwortung. In die Versammlung sich richtend, ermächtigte Redner, während der Dauer der noch schwebenden Verhandlungen die größte Mühe zu betreiben, nur stoffe Disziplin und eiserner Wille führten uns zum Ziel. Mit dem Wunsche, daß die Bewegung erfolgreich für die Arbeiterschaft verlaufen möge, und auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein, schloß der Redner seine Ausführungen. (Stürmischer Beifall.) Dohler (Vertreter der Christlichen) unterstrich die von Koch gemachten Ausführungen. Er wies darauf hin, daß eventuell das Reich seine Aufträge dann besser bezahlen müßte. Koch hat recht, wenn er sagt, wenn man uns ferner Schwierigkeiten macht durch das bisher gezeigte ablehnende Verhalten, dann müßten die Organisationsleitungen beauftragt werden, alles abzulehnen, was sich aus den Dingen entwickelt. Jeder Metallarbeiter wies ebenfalls auf die Bedeutung hin, die der neuen Situation beizumessen ist. Er wies ferner darauf hin, daß die Organisationsleiter bei den Verhandlungen alles daransetzen, um die Forderungen durchzudrücken. Das nicht mehr herauskommen ist, ist nicht ihre Schuld. Die Versammlung stimmte einstimmig dem von den Vätern eingeschlagenen Wege zu.

**Rundschau**

**Groener vom Kriegsamtsamt zurückgetreten.**

Durch Kabinettsorder vom 16. August ist der Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Groener, zum Divisionskommandeur und Generalmajor Scheuch zum Chef des Kriegsamts ernannt worden. So lautet, allen Beifalls entbehrend, die amtliche Mitteilung. Sie ist kurz, bündig und klar. Diesen Vorgang kann die halbamtliche Begründung für sich nicht beanspruchen. Sie ist folgenden wackelhaften Wortlaut:

„Da zur einheitlichen Durchführung der Volksernährung ein Teil der dem Kriegsamtsamt zugewiesenen Gebiete jetzt an das Kriegsernährungsamtsamt übergeht und eine weitere Einschränkung des Dienstbereiches des Kriegsamtsamt angestrebt wird, so ist Generalleutnant Groener in eine andere Dienststellung berufen.“

Eine einheitliche Durchführung der Volksernährung wird jeder als notwendig anerkennen. Wenn sie kommen sollte, kommt sie etwas spät, wenn nicht schon zu spät. Warum aber deshalb ein Mann, der auf diesem Gebiet Erfahrung und den ernstlichen Willen zur Abhilfe hat, ausgeschifft werden muß, ehe der Uebergang vollzogen ist, ist nicht recht einzusehen. Das jemand glauben zu machen, setzt bei dem Leser eine so starke Kindlichkeit voraus, wie sie sich beim Verfasser vertrat. Etwas verständlicher ist der zweite Satz: „da eine weitere Einschränkung des Dienstbereiches angestrebt werden soll.“ Hier kann man wenigstens zwischen Zeilen lesen. Zu den Obliegenheiten des Kriegsamts gehört nach § 3 des Hilfsdienstgesetzes auch die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes. Für sie ist der Leiter des Kriegsamtsamt verantwortlich und das dürfte der Stein des Anstoßes gewesen sein. Seit Inkraftsetzung des Hilfsdienstgesetzes erwarb sich General Groener der besonderen Aufmerksamkeit der Schwerindustrie und ihres Anhangs. Keine Gelegenheit ließ diese vorübergehen, um dem Chef des Kriegsamtsamt und allen denen, die es hören und nicht hören wollten, ihr Mißfallen über das Gesetz auszudrücken, und jeder Streit, jeder Hungertrampal, alle die üblichen Erscheinungen in bezug auf Volksernährung, wie Lebensmittel und Kohlenmangel, legten sie ihm zur Last. Daß er die Gewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen, daß er den Wirtschaftsfriedlichen nicht das gleiche Maß von Einfluß zugetraut hat, war eine seiner Todsünden. Wollens schlug sein Verhalten dem Fraß den Boden aus, als er in einer Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses eine lebhafte Warnung an die Geher gegen das Hilfsdienstgesetz im Unternehmerlager richtete und auch ihnen eine gleiche Behandlung wie der Streik „anzettelnden“ Arbeitern in Aussicht stellte. Die Drohung an die Arbeiter, die wir als einen Wählgriff und als unbedeutend erklärten, stimmte seine Gegner nicht milder gegen ihn. Von Stund an war sein Schicksal besiegelt. Diesen Freimut, diese Offenheit konnten die Herrschaften, die in Friedenszeiten Minister zu stürzen genötigt waren, nicht vertragen. Groener mußte beiseite treten und er wurde beiseite. Ob und was etwa sein Weggang für die Arbeiter bedeutet, wird die Zukunft lehren. An dieser Stelle halten wir uns aber verpflichtet, festzustellen, daß er gehen mußte, weil er es unternommen hat, bei den auch unter dem Hilfsdienst nicht ausbleibenden Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sich über die Parteien zu stellen und dadurch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern auszusprechen. Für einen geraden Mann mit geradem Charakter hat die organisierte Arbeiterschaft stets Achtung gehabt, wenn er auch in vielen Punkten nicht nach ihrer Meinung und nach ihrem Willen gehandelt hat, und so erkennt sie es auch an, daß Generalleutnant Groener diesem seinem Standpunkt trotz aller Widerstände treu geblieben ist.

**General Groener gegen Mindestlöhne.** Fast gleichzeitig

mit der Meldung von dem Rücktritt Groeners vom Kriegsamtsamt wurde in der Presse berichtet, daß Groener sich gegen Mindestlöhne erklärt habe. Bei Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Organisation der Unternehmer und der Arbeiter der Textilindustrie in Reichenbach in Schlesiens geführt wurden, soll der Vorsitzende des Verbandes schlesischer Textilindustrieller, Fabrikant Fleischer, aus einer Mitteilung der Kriegsamtsstelle Breslau festgestellt haben, daß die Kriegsamtsämter des ganzen Reiches auf einer Konferenz in Berlin von der Unter General Groeners Leitung stehenden Zentrale die Weisung erhalten haben, künftige Mindestlöhne nicht mehr zuzulassen. Dazu schreibt nun die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 34 vom 25. August 1917:

Trotz der Bestimmtheit, mit der diese Behauptung aufgestellt wird, hängt sie uns nicht wahrscheinlich, denn sie steht im Widerspruch zu den Erfahrungen, die wir bei den Verhandlungen für die Holzindustrie im Kriegsamtsamt gemacht haben. Am 17. Juni d. J. wurde im Kriegsamtsamt zu Berlin, also an der Zentralstelle, der Tarifvertrag der Geschloßkornmacher Deutschlands abgeschlossen. In der Ziffer 3 dieses Vertrages heißt es: „Der Tarif ist auf der Grundlage vereinbart, daß ein Durchschnittsarbeiter in der normalen Arbeitszeit wöchentlich mindestens verdienen soll...“ Wenn die angenommenen Verdiensthöhe von 50 M, 60 M und 72 M wöchentlich auch nur als Anhaltspunkte für die Bestimmung des Mindestlohnes gelten, die den wesentlichen Inhalt des Tarifvertrages ausmachen, so beweist der gewählte Wortlaut, daß es sich hier gewissermaßen doch um Mindestlöhne handelt.

Nach deutlicher tritt dies in der Vereinbarung vom 3. August für die Tucherei und die übrigen Zweige des Holzgewerbes in Erscheinung. Hier trägt ein Teil des Abkommens die Ueberschrift „Mindestlöhne“, und es sind Mindestlöhne für männliche Arbeiter von 80 bis 105 S und von 45 bis 60 S für Arbeiterinnen festgelegt. Aber noch mehr. Die Vereinbarung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen, die von den Arbeitervertretern verlangt, von den Arbeitgebern aber zunächst abgelehnt worden war, erfolgte auf die dringende Empfehlung des Vertreters des Kriegsamtsamt, des Hauptmanns Braumann. Dieser hat überdies am 27. Juli den Vertretern der Parteien laut Protokoll mitgeteilt, daß er seinem Chef über die fortwährenden Verhandlungen berichtet habe. Erzellenz Groener habe gleich ihm den Wunsch, daß die Verhandlungen bald zu einem guten Ergebnis führen.“ General Groener hatte also Kenntnis von den Verhandlungen, bei welchen die Festlegung von Mindestlöhnen eine wichtige Rolle spielte, und er hat gewünscht, daß sie zu einem guten Ergebnis



